



Neues vom Wahlkampf

Hallo Christian, Du bist nun seit vielen Wochen in der Lausitz im Wahlkampf. Welche Themen und Probleme sind Dir in der Region begegnet?

Ich habe viele Gespräche führen können. Am häufigsten sprach ich mit den Menschen über Strukturwandel. So einige Male hörte ich dabei den Zweifel am Gelingen heraus und die Beobachtung der Leute, dass es zu wenig gemeinsames Agieren und stattdessen Konkurrenzdenken gibt.

Wie willst Du diese Herausforderungen angehen?

Aus meiner Sicht braucht es Verlässlichkeit. Es ist wichtig, dass Zusagen eingehalten werden, vom Strukturstärkungsgesetz bis zum Just Transition Fonds. Wir brauchen mehr Miteinander und sollten regionale Egoismen überwinden, sei es im Tourismus oder in der Wirtschaftsförderung.

In der Corona-Krise hat der Staat sehr viele neue Schulden aufgenommen. Wer soll diese Rechnung eigentlich am Ende begleichen?

Während der Corona-Krise sind viele Hilfgelder ausgezahlt worden. Vor der Wahl will die Regierung nicht drüber sprechen: Nach der Wahl entscheidet sich, ob die Kosten durch Kürzungen und Privatisie-

rungen im Sozialen beglichen werden. Wir wollen unter anderem eine Vermögensabgabe auf Vermögen über 2 Mio. Euro einführen, um die Kosten der Corona-Krise zu finanzieren.

Der übereilte Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan hat für ein enormes Presseecho in Deutschland gesorgt. Allerdings wird kaum über die mehr als 111.000 afghanische Zivilisten gesprochen, die allein seit 2009 diesem Krieg zum Opfer gefallen sind. Was muss sich an der Außenpolitik Deutschlands bzw. des Westens ändern?

Freiheit und Menschenrechte lassen sich nicht herbeibomben. Das Vorhaben, Ländern mit Granaten und Gewalt westliche Werte aufzuzwingen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Umdenken der politisch Verantwortlichen ist geboten. Wir sollten nicht über die Erhöhung der Militärausgaben diskutieren – Stichwort 2% - Ziel der NATO, sondern stattdessen auf mehr Diplomatie setzen. Den Rüstungsausgaben der NATO in Höhe von 1,1 Billionen Dollar stehen 61 Mrd. von Russland gegenüber. Es geht also nicht um Gefahrenabwehr. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.



**Abschlusskundgebung
25.09., 11 Uhr**

mit Dietmar Bartsch und Christian Görke
Musik: Tobias Thiele; 11 Uhr Cottbus, Altmarkt
www.die-linke.de

Wo trifft Ihr unseren Kandidaten?

Gerechtigkeitstour „Zukunft“

07.09. Spremberg, 11 Uhr, Platz am Bullenwinkel;
Cottbus, 15 Uhr, Am Stadtbrunnen

08.09. Cottbus, Sandow
10 bis 12 Uhr, Straßenwahlkampf

09.09. Cottbus, Zuschka
13 bis 15 Uhr, Straßenwahlkampf

09.09. Cottbus, Puschkinpark,
17 Uhr, Talk U18 Bundestagswahl

13.09. Grötsch, 18 Uhr
Podiumsdiskussion mit Domowina und Nowy Casnik

15.09. Forst, 17 Uhr
Ostdeutschen Rosengarten
Podiumsdiskussion der Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V.

21.09. Drebkau - Tag

22.09. Spreewald /Cottbus - Tag

23.09. Spremberg - Tag

25.09. Cottbus: Abschlusskundgebung mit Dietmar Bartsch und Christian Görke, moderiert von Matthias Loehr

Musik: Tobias Thiele
11 Uhr, Altmarkt Cottbus

26.09. Cottbus: Wahlparty ab 17 Uhr im Prima Wetter



Ins Gespräch kommen!

mit Spitzenkandidat Christian Görke
7. September
11 Uhr Spremberg, Am Bullenwinkel
15 Uhr Cottbus, Am Stadtbrunnen

Übrigens: Die Videoreihe »Steuer-ABC« auf dem YouTube-Kanal von Christian Görke ist super! Dort erklärt er bis zur Bundestagswahl die linken Steuerreformpläne.

Einkommen werden in Deutschland nicht mehr gerecht besteuert. Wer malocht und mit ehrlicher Arbeit ein kleines bis mittleres Einkommen verdient, wird viel zu stark belastet. Spitzenverdiener hingegen könnten locker höhere Steuersätze zahlen. Genau das wollen wir mit einer Reform der Einkommensteuer.

Es mag viele Bürger geben, die sich in den letzten Jahren angewidert und enttäuscht von der Politik abgewendet haben. Man denke beispielhaft an die Maskendeals von Unionspolitikern, der unsauberen Spendenpraxis der AfD oder - plagiativen - Dokortiteln von CDU/CSU, SPD und FDP. Ganz zu schweigen von den ernüchternden Arbeitsergebnissen der von Helmut Kohl (CDU), Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) geführten Bundesregierungen. Da kann man sich schon fragen: „Was bringt es noch sich einzumischen oder auch nur wählen zu gehen?“ Bringt aber nichts, erinnern wir an den griechischen Staatsmann Perikles. Der sagte: „Nur weil du dich nicht für Politik interessierst, heißt das noch lange nicht, dass die Politik sich nicht für dich interessiert“. Doch bei so einem selbst gewollten Entzug von jeglicher politischer Teilhabe, einschließlich Wahlrecht, läuft man Gefahr, dass eine Politik die Oberhand gewinnt, die den ureigenen Interessen so was von zuwiderläuft, wie es nur sein kann. Darf man es erst so weit kommen lassen? Parteiisch wie der Autor ist, macht er Ihnen jetzt ein Angebot für die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Reden wir über DIE LINKE. Zumal, bei dieser Wahl geht es um sehr viel: Wer bezahlt die Folgen der Corona Krise? Werden die Kosten für das Versagen der früheren Bundesregierungen erneut auf die Gering- und Normalverdiener:innen abgewälzt oder werden endlich die Reichen und Superreichen zur Krisenbewältigung herangezogen? Die Einführung einer Vermögenssteuer und die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe auf große Einkommen soll hierzulande zu mehr Gerechtigkeit beitragen.

Jede:r Fünfte im Westen, jede:r Dritte in Ostdeutschland arbeitet zu Niedriglöhnen: Nur ein Ereignis – Kurzarbeit, Krankheit, pflegebedürftige Angehörige – trennt sie von der Existenzangst. Corona hat das vielen vor Augen geführt.

Die Löhne müssen steigen. Deshalb fordert DIE LINKE auch einen Mindestlohn von 13 Euro. Ferner sollen nach dem Programm der LINKEN das System von Leiharbeit und Niedriglohn, das SPD und Grüne eingeführt haben aus der Arbeitswelt verschwinden. Es gilt: Nur armutsfeste Löhne schützen später auch vor Armutsrenten!

MUT ZUR VERÄNDERUNG

von René Lindenau

Schon angedeutet wurde, dass DIE LINKE eine Besteuerung von hohem Vermögen und Erbschaften anstrebt. Der vorhandene Reichtum gehört endlich in die richtige Richtung umverteilt; von oben nach unten. Einkommensschwache Familien, Bildung, Gesundheitswesen, Digitalisierung, Klimaschutz, bezahlbare Wohnungen und vieles andere mehr. Zu den Voraussetzungen, um die Vorhaben der Linkspartei finanzieren zu können, gehört nicht nur eine gerechte Steuerpolitik, sondern auch die Lösung der Schuldenbremse, die zunehmend nur notwendige Investitionen in die Zukunft verhindert hat. Dass man trotz dieser und jener Beschränkungen solide, nachhaltige Politik machen kann, bewies die brandenburgische LINKE in 10 Jahren Regierungshandeln; Schaffung neuer Arbeitsplätze, Senkung der Arbeitslosenquote, mehrfache Erhöhung des Mindestlohnes, Schuldenabbau, Haushaltsüberschüsse, Investitionen in die Infrastruktur, Minderung der Armutsquote. Soll also niemand sagen, es geht nicht. Weder im Bund noch in den Ländern. Vielmehr fehlt es oft am politischen Willen. Hilfreich wäre hingegen, die anderen Parteien würden weniger ihren Spendern und nicht legitimen Lobbygruppen dienen. Das würde ihnen vielleicht den Blick für die wirklich existentiellen Din-

ge abseits von Schnittchen, Banketts und Sektempfängen öffnen. Als da zum Beispiel wäre; das Wohnungsproblem. Zunehmend sind die Bürger mit unveranschlagt hohen Mieten konfrontiert, die sie vielfach aus ihren gewohnten Kiezen verdrängen. Die im Berliner Senat mitregierende LINKE hat, um dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken, einen Mietendeckel initiiert und eingeführt. Danach bekamen viele Berliner per Mietendeckel zu viel gezahlte Miete in bis zu dreistelliger Höhe zurück. Was machten die Berliner CDU und FDP? Sie klagten beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, bekamen Recht und Spenden von Immobilienkonzernen. Die gerade entlasteten Mieter wurden wieder zu „Vollzahlern“. Es ist eben nicht egal, wer regiert. Aber Karlsruhe verbot nicht den Mietendeckel, es entschied nur über die Zuständigkeit und stellte sie beim Bund fest. Somit findet sich der Deckel im Bundestagswahlprogramm. Mieten und Wohnen dürfen nicht Rendite- und Spekulationsobjekte sein, auch wenn das in neoliberale Kleingeister bis heute nicht reingeht. Wohnen darf kein Luxusgut sein, es ist ein hohes soziales Gut. Um dies auch zu fundamentieren fordert DIE LINKE den Bau von jährlich 250.000 Sozialwohnungen, die dauerhaft ihre Sozialbindung behalten sollen. Denn bisher tut sich hier eine Lücke von 5 Millionen Sozialwohnungen auf, die gefüllt werden muss.

Sind allein in diesen Auszügen aus dem Wahlprogramm nicht unterstützenswerte und lohnenswerte Ziele enthalten? Verdienen der Anspruch auf einen modernen, leistungsfähigen Sozialstaat, der Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Abrüstung sowie ein sozial-ökologischer Umbau bei Schaffung alternativer Arbeitsplätze und der Ausbau der Demokratie nicht ihren Zuspruch? Wenn ja, dann hat das Programm sie angesprochen und der Autor sein Ziel erreicht.



Immer in Aktion - Linksjugend Lausitz aktiv im Wahlkampf

Ob bei Wahlkampfveranstaltungen, Plakatieren, bei unserer Zukunftswerkstatt (21.08.) oder beim Seifenkistenrennen (28.08.) - die Linksjugend Lausitz ist eine tolle Gruppe junger, aktiver Menschen. Am 18.09. unterstützen sie in Sachsendorf mit der Popcornmaschine das Sommerfest der Diakonie.

Du willst mitmachen? Dann komm vorbei: jeden Mittwoch 19 Uhr in der LINKEN-Geschäftsstelle, Ostrower Straße.



Wahlkampfauftakt auf dem Klosterplatz

In diesen Tagen sind Prognosen nicht leicht. Nicht nur der Wetterbericht zeigte Regen, auch die Wahlprognosen für DIE LINKE vermitteln Turbulenzen. Doch der 28. August stand Cottbus für eine ganz andere Realität: die Wolken verzogen, der Klosterplatz voller Menschen und die Stimmung super beim Wahlkampfauftakt der LINKEN. Im Wahlkreis Cottbus und Spree-Neiße kandidiert der Spitzenkandidat der Brandenburger LINKEN Christian Görke. Und so war das alljährliche Kinder- und Friedensfest etwas größer ausgefallen als sonst: mit vielen Vereinen, die ihre Arbeit und Projekte präsentierten und Kinderaktionen von Mitmachzirkus, Basteln bis zu einer Schachstraße. Der Cottbuser Chris Neumann führte galant durch das Programm, das immer wieder mit Talkrunden aufgelockert war. Auf der Bühne standen unter anderem Träumer & Menschen, die Künstler:innen des Cottbuser Kindermusicals verzauberten und das Varieté Fantastique begeisterte das Publikum. Auch Politprominenz war in die Lausitz gereist. So talkte der Kreisvorsitzende Matthias Loehr mit DGB Regionsgeschäftsführer Südbrandenburg-Lausitz Marco Bedrich, dem Spitzenkandidaten Christian Görke und dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im

Landtag Sebastian Walter über Strukturwandel, gerechte Löhne und Chancen in der Lausitz. Hauptredner war schließlich Dietmar Bartsch. In seiner Rede bezog er noch einmal klar Stellung: „Wir haben damals gesagt, der Krieg gegen den Terror ist nicht zu gewinnen“ und bezog sich auf den Beginn des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan vor 20 Jahren. „Bomben werden niemals Frieden schaffen und nicht wir müssen unsere Haltung überdenken!“ Die Menschen klatschen. Es gibt viel Zustimmung auch bei den sozialen Themen, die Bartsch anschneidet. Zu Christian Görke hat er eine klare Position: „Ich wünsche mir, dass er auf finanzpolitischem Gebiet einer der Aktivposten in der Linksfraktion sein wird.“ Das geht am besten, wenn beide Stimmen bei der LINKEN landen. „Ich weiß, im Moment sind unsere Umfragewerte nicht so gut. Aber abgerechnet wird am 26. September“, sagt Bartsch. Für die Lausitzer:innen und ihre Gäste stieg das Stimmungsbarometer jedenfalls bei diesem Auftakt. Das Randalde Orchester heizte ein. Bis spät in den Abend wurde gefeiert, getalkt, getanzt und das gute Wetter hielt, trotz schlechter Prognose, den ganzen Abend.



Historiker Prof. Dr. Jürgen Angelow in Spremberg



Michel Apel, GF Spremberger Kino und Kultur GmbH, hatte zu einem Vortrag zum Thema: „1870/71 – Ein deutscher Triumph?“ – deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts, Spremberger Bürger:innen eingeladen. Besonders ging es dabei um die Zeit von 1860 bis 1890, eben um jene Zeit, in der der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 geführt wurde. Anlass war die bevorstehende Einweihung des wiedererrichteten Kriegerdenkmals der Gefallenen im Deutsch-Französischen Krieg am Friedrich-Engels-Platz. Als Gast wurde mit Hilfe des kommunalpolitischen Forums der Historiker Prof. Dr. Jürgen Angelow aus Potsdam gewonnen.

Pünktlich 17 Uhr begrüßte Michael Apel als Moderator seine Gäste und interessierte Besucher:innen. Auch unsere Bürgermeisterin Christine Herntier war gekommen. Professor Angelow sprach über die Zeit von 1870/71 und legte noch einmal dar, was zu dieser Zeit geschah und welche zeitlichen Umstände vorherrschten. In seinem Vortrag konnte er auch durch seine Recherchen ein wenig von Schicksalen einzelner na-

mentlich auf dem Obelisk genannter Gefallener vortragen und verdeutlichen, dass wohl auch damals viele für Gott, Vaterland und Kaiser in den Krieg ziehen mussten und nicht



„freiwillig“ dazu bereit waren. Wichtig war ihm, uns zu vermitteln, dass hinter jedem Namen auch ein Mensch mit Familie steckt und nicht alle ruhmvoll oder als Helden gefallen sind. Bemerkenswert seine Feststellung, dass die Wiedererrichtung dieses Denkmals und seine Aufstellung an einem neuen Standort nicht ohne einen entsprechenden Kontext geschehen dürfe. Will man nicht zulassen, dass mit der Wiedererrichtung

gar eine zustimmende Identifizierung für diesen Krieg einher geht, gehört eben auch mindestens eine Infotafel dazu, die über diese Zeit aus der Geschichte informiert und den Betrachtern diese Ereignisse mit heutiger Sicht deutlich macht.

In diesem Krieg 1870/71 starben auch viele französische Soldaten, Menschen sehr jung und mit Familie. Auch von Ihnen gingen viele nicht freiwillig. Von diesem Denkmal sollte damit ein Zeichen ausgehen, das uns zur festen Haltung auffordert: Nie wieder Krieg! Wir brauchen eine freundschaftliche Bande zu allen Völkern der Welt. Ganz besonders in Europa. Deshalb darf dieses von Ruhmeszeichen aus Kaisers Zeiten überladene Denkmal nicht allein dastehen. Es ist die Chance für Spremberg, an dieser Stelle eine für diese Zeit entsprechende Geschichtsaufklärung zu gestalten und am Denkmal zusätzlich zu platzieren. Erst dann könnten wir erhobenen Hauptes dieses Denkmal gemeinsam mit französischen Bürger:innen für Frieden und Freundschaft als

mahnendes Denkmal neu einweihen.

Prof. Angelow bezeichnete die Tatsache, dass der neue Standort des Denkmals einst Kaiser-Wilhelm-Platz hieß und heute den Namen Friedrich-Engels-Platz trägt als eine Herausforderung für die Spremberger:innen, als einem Spagat zwischen damals und heute. Denn beide waren Menschen dieser Zeit um 1870/71 und das mit völlig entgegengesetzten politischen Auffassungen und Interessen.

Dreißig Bürger:innen waren der Einladung zum Vortrag gefolgt. Ein Teil der Besucher:innen nutzte anschließend noch die Gelegenheit zu einem individuellen und persönlichen Gespräch mit dem Professor, unserer Bürgermeisterin, aber auch mit dem Moderator der Veranstaltung, Michael Apel. Bei einem kleinen Imbiss war das dann noch eine sehr gemütliche halbe Stunde.

Ein Dank geht auch an das kommunalpolitische Forum Brandenburg e.V., die uns den Referenten Professor Angelow vermittelten.

Peter Ehrentreich



Im Publikum: Bürgermeisterin Christine Herntier; Fotos: P. Ehrentreich/wikipedia

Impressum Nr. 16

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, Redaktion: Ch. Neumann, C. Meißner (come), M. Loehr, E.Richter; PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos Martin Dreko, Peter Ehrentreich, Konstanin Gorodetzky

NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 17.09., Redaktionsschluss: 15.09.